

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.323.627

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)14898/J-NR/2023

Wien, am 27. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Christian Ragger, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2023 unter der Nr. **14898/J-NR/2023** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Energiekostenzuschuss für Freie Berufe“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- 1. Sehen Sie die Behauptung der Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs als gerechtfertigt an, wonach eine Diskriminierung der freien Berufe aufgrund der Ausnahme von den Energiekostenzuschüssen 1 und 2 vorliegt?
- 2. Wie sind diese Ausnahmen aus der Sicht Ihres Ministeriums zu rechtfertigen und inwiefern unterliegen diese Ihrem Verständnis des Gleichheitsgrundsatzes?
- 3. Warum sind einkommen- und umsatzsteuerpflichtige Berufsgruppen wie Apotheker, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer sowie Ziviltechniker von dieser Diskriminierung betroffen und welche Ausschlussgründe liegen bei ihnen im Einzelnen vor?
- 4. Gibt es in Ihrem Ministerium Überlegungen und Bemühungen, von diesen Ausnahmen wieder Abstand zu nehmen?
 - a. Wenn ja, welche?

b. Wenn ja, haben Sie dazu bereits Gespräche mit den anderen involvierten Ministerien geführt?

c. Wenn nein, warum nicht?

- *5. Wird es eine Evaluierung und Neudefinition dieser diskriminierenden Beihilfenpraxis geben?*

a. Wenn ja, wann?

b. Wenn ja, inwiefern werden die vorliegenden Fälle von Diskriminierung der freien Berufe berücksichtigt?

c. Wenn nein, warum nicht?

- *6. Werden Sie eine Evaluierung und Neudefinition anstoßen?*

a. Wenn nein, warum nicht?

Mit dem in der Anfrage angesprochenen und im Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz (UEZG) gesetzlich verankerten Energiekostenzuschuss werden verschiedene Förderungsleistungen der Bundesregierung als Reaktion auf die gestiegenen Energiepreise bezeichnet. Diese Fragen fallen nicht in den Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.